



DIE BUNDESMINISTERIN
für UMWELT
MARIA RAUCH-KALLAT

A-1031 WIEN
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58
TELEFAX (0222) 713 88 90

32 0100/14-IV/2a/94

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

XIX. GP.-NR
31 /AB

1995 -01- 11

zu

124 /B

Die Abgeordneten zum Nationalrat Haller, Dolinschek, Rossmann, Mag. Schweitzer haben am 1. Dezember 1994 unter Nr. 124/J folgende schriftliche Anfrage betreffend die Errichtung von Betriebskindergärten in Gewerbebezonen als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen an mich gerichtet:

1. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie bisher gesetzt, um die Errichtung von Kindergärten innerhalb von Gewerbebezonen zu fördern?
2. Haben Sie begleitende Gespräche mit den in der Sache betroffenen Ressortkollegen und den zuständigen Landespolitikern zum Ausbau von Betriebskindergärten geführt und
 - a. wenn ja, mit welchem Ergebnis und
 - b. wenn nein, warum nicht?
3. Sind Ihnen konkrete Zahlen über den Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen innerhalb von Gewerbebezonen bekannt und
 - a. wenn ja, wie sehen diese - regional gegliedert - aus und
 - b. wenn nein, werden Sie eine diesbezügliche Untersuchung in Auftrag geben?

4. Werden Sie im Hinblick auf den bevorstehenden Beitritt Österreichs und den damit verbundenen EU-üblichen Standards der Mitgliedsländer in Bezug auf Kinderbetreuungseinrichtungen konkrete Maßnahmen setzen, daß im Rahmen des in der Regierungserklärung angekündigten Ausbauprogramms qualifizierter Kinderbetreuungseinrichtungen Betriebskindergärten enthalten sind und wenn nein, warum nicht?

Diese Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Fragen 1.), 2) und 4.)

In der abgelaufenen Legislaturperiode habe ich mich laufend für die Bereitstellung von ausreichenden, den individuellen Bedürfnissen entsprechenden Angeboten an Betreuungseinrichtungen eingesetzt. Es ist mir leider nicht möglich, selbst ein flächendeckendes Netz von Kinderbetreuungsangeboten zu schaffen, dafür fehlt in meinem Ressort die gesetzliche Grundlage sowie das erforderliche Budget.

In diesem Zusammenhang bin ich auch wiederholt mit den zuständigen Landespolitikern in Verhandlung getreten und ich versichere Ihnen, daß auch meine Nachfolgerin diese Gespräche fortsetzen wird.

Als Familienministerin ist es jedoch nicht meine Aufgabe arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen zu verfolgen. Vielmehr ist zentraler Maßstab für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen das Wohl der betreuten Kinder und die Wünsche der Eltern.

- 3 -

Ebenso ist darauf hinzuwirken, daß die Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich der Art und des Trägers des Kinderbetreuungsangebotes gewährleistet ist.

Zu Frage 3:

Konkrete Zahlen über den Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten in Gewerbebezonen sind mir derzeit nicht bekannt.

Eine vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in Auftrag gegebene Studie, die die tatsächlichen Bedürfnisse der Eltern über Art und Umfang außerfamiliärer Kinderbetreuung erheben soll, wird auch darüber Auskunft geben.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß derzeit österreichweit knapp 230 000 Kinder in Kindergärten untergebracht sind, davon aber nur 650 Kinder in Betriebskindergärten.

Maria Bauer-Kahol